

Zeitschrift: Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer
Herausgeber: Auslandschweizer-Organisation
Band: 38 (2011)
Heft: 5

Artikel: Politik wird sachlicher, aber auch komplizierter
Autor: Lenzin, René
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-909613>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 12.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Politik wird sachlicher, aber auch komplizierter

Bei den Nationalratswahlen wurde der Trend zur Polarisierung gestoppt. Die Wählenden haben das lösungsorientierte Zentrum quantitativ gestärkt, jedoch auch aufgesplittert.

Von René Lenzin



Am Sonntag, 23. Oktober, im Fernsehstudio: Zwei freuen sich über das gute Ergebnis, Martin Bäumle (links), Präsident der Grünliberalen, und BDP-Parteipräsident Hans Grunder

«Wer hat Grund zum Feiern?», fragte die Fernsehmoderatorin am Abend des Wahltags vom 23. Oktober die versammelten Parteipräsidenten – Präsidentinnen waren keine darunter. Drei von sieben haben spontan die Hand erhoben, was die Stimmung ziemlich gut repräsentiert hat. Als Sieger der Nationalratswahlen dürfen sich betrachten:

■ Martin Bäumle von den Grünliberalen, welche die Sitzzahl von 3 auf 12 erhöhen konnten, ihr Wähleranteil beträgt 5,4 %.

■ Hans Grunder von der Bürgerlich-Demokratischen Partei (BDP), Wähleranteil ebenfalls 5,4 %, und eine Steigerung von 5 auf 9 Mandate. (Die BDP trat erstmals zu Wah-

len an, sie hatte sich im Lauf der vergangenen Legislatur von der SVP abgespalten.)

■ Christian Levrat von den Sozialdemokraten (SP). Wie alle traditionellen Parteien verlor zwar auch die SP Wähleranteile (neu 18,7 %), vermochte aber drei Sitze zuzulegen, dank Erfolgen vor allem in der Romandie.

Die übrigen vier Präsidenten mussten Verluste erklären und versuchten dabei natürlich, die Niederlagen zu relativieren:

■ Die Schweizerische Volkspartei (SVP) hat erstmals seit 1987 Wähleranteile eingebüsst (neu 26,6 %) und Sitzverluste erlitten. Sie ist aber immer noch die «mit Abstand stärkste Kraft», wie Toni Brunner sagte. Die Sitzver-

luste im Vergleich zu den Wahlen 2007 erklärten sich zudem teilweise durch den Abgang von vier Fraktionsmitgliedern zur BDP während der vergangenen Legislatur.

■ Weiter geht der Krebsgang der Freisinnigen Liberalen (FDP), der parallel zum Aufstieg der SVP seit 1987 anhält. Immerhin seien die Verluste weniger hoch, als der Partei vorausgesagt worden sei, sagte Fulvio Pelli. Zudem sei die FDP mit 15,1 % Wähleranteil immer noch drittstärkste Partei.

■ Gleich negativ wie die Kurve der FDP verläuft auch diejenige der Christlichdemokraten (CVP), Wähleranteil 12,3 %. Christophe Darbellay tröstete sich mit der Tatsache, dass die Verluste zulasten der Mitteparteien BDP und Grünliberale gingen, mit denen sich lösungsorientierte Politik betreiben lasse.

■ Nach zwei Wahlsiegen mussten die Grünen erstmals wieder Rückschläge einstecken. Ihr Wähleranteil liegt noch bei 8,4 %. Ueli Leuenberger spricht von Proporzpech und der Attraktivität der jungen Grünliberalen.

Der Sieg der «neuen Mitte»

Die Erfolge von BDP und Grünliberalen wurden in den Medien als Sieg der «neuen Mitte» bezeichnet. Tatsächlich gehören die beiden Kleinparteien inhaltlich-programmatisch zu jener Gruppierung zwischen den Polen, die in der Regel Lösungen prägt, die bei einer Mehrheit der Bevölkerung ankommen. Um nur ein Beispiel zu nennen, das die Schweiz in den kommenden Jahren intensiv

REKORDBETEILIGUNG BEI NATIONALRATSWAHL

Insgesamt 3458 Kandidatinnen und Kandidaten aus den 20 Kantonen, in denen eine Proporzwahl stattfand, sind für die 200 Sitze im Nationalrat laut einer Mitteilung der Bundeskanzlei gemeldet worden. In sechs Kantonen oder Halbkantonen – in Ob- und Nidwalden, Glarus, Uri und Appenzell (AI und AR) – ist nur je ein Sitz zu vergeben, dort gibt es also keinen Proporz. Deshalb gibt es auch keine Meldepflicht bei der Bundeskanzlei. Insgesamt 14 Personen kandidierten in diesen Kantonen laut der Schweizerischen Depeschagentur offiziell. Das ergibt ein Total von 3472 Kandidaturen – eine Zunahme um 10,7 Prozent im Vergleich zu 2007. Von den gemeldeten Kandidierenden sind 1132 Frauen und 2326 Männer. Der Frauenanteil ist von 35,2 im Jahr

2007 auf 32,7 Prozent gefallen. Total gab es 365 Wahllisten mit zahlreichen Listen- und Unterlistenverbindungen.

Stark zugenommen hat die Zahl der Auslandschweizer-Kandidaturen. In diesem Jahr sind es 75, 2007 waren es 44, 2003 nur 17. Die Wahlergebnisse der Auslandschweizer Kandidaten waren bei Redaktionsschluss noch nicht bekannt. Sie sind jedoch auf der Website der Auslandschweizer-Organisation publiziert. Ebenso die Details zum Wahlverhalten der Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer – soweit die Kantone diese Details bekanntgeben. www.aso.ch

Alle Wahlergebnisse werden auf der Seite www.ch.ch fortlaufend aktualisiert. (BE)

beschäftigen wird: BDP und Grünliberale bekennen sich vorbehaltlos zu den bilateralen Verträgen mit der EU und vor allem zum freien Personenverkehr – Errungenschaften, welche die EU-Gegner von rechts und teilweise auch die Beitrittsbefürworter von links in Frage stellen.

Bisher waren FDP und CVP jene Kräfte, welche der Gesetzgebung mit ihrer lösungsorientiert-pragmatischen Politik den Stempel aufgedrückt haben – manchmal im Verbund mit der Linken, manchmal mit der Rechten. Die zahlenmässige Unterlegenheit im Nationalrat haben die beiden Parteien mit ihrer Dominanz im Ständerat kompensiert. Zusammen mit der direkten Demokratie sorgen die Eigenheiten des schweizerischen Zweikammersystems dafür, dass sich radikale Forderungen kaum je durchsetzen können.

Nun gehören auch noch BDP und Grünliberale zu dieser konsensorientierten Mitte, die insgesamt breiter geworden ist. In Kombination mit der Schwächung der Pole dürfte diese Stärkung zu einer sachlicheren Politik führen. Gleichzeitig droht der Mitte aber eine Aufsplitterung, welche die Lösungssuche erschweren kann. Abgesehen von persönlichen Animositäten zwischen den Vertretern der Parteien gibt es unterschiedliche Interessen und Prioritäten. Das wird sich bei Bundesratswahlen vom 14. Dezember zeigen (siehe Seite 16).

Es gibt Themen, da sind die sachlichen Differenzen so gross, dass gemeinsame Lösungen nicht möglich sind. Dazu zählt die Kernenergie, bei der die FDP eine andere Position einnimmt als die Ausstiegsbefür-

worter von CVP, BDP und Grünliberalen. In diesem Bereich wird in den kommenden vier Jahren eine Mitte-links-Allianz spielen, die insgesamt gestärkt aus den Wahlen hervor gegangen ist. Nebst der Energiefrage werden Europa, die Altersvorsorge und die Zukunft des Finanzplatzes zu den grossen Themen der kommenden Legislatur gehören. Eine permanente Grossbaustelle bleibt ausserdem das Gesundheitswesen. Und aktuell bleiben werden, nicht zuletzt dank einer entsprechenden Volksinitiative der SVP, Ausländer- und Einwanderungsfragen. Ob und welche Mehrheiten es in diesen Dossiers gibt, wird sich noch weisen müssen.

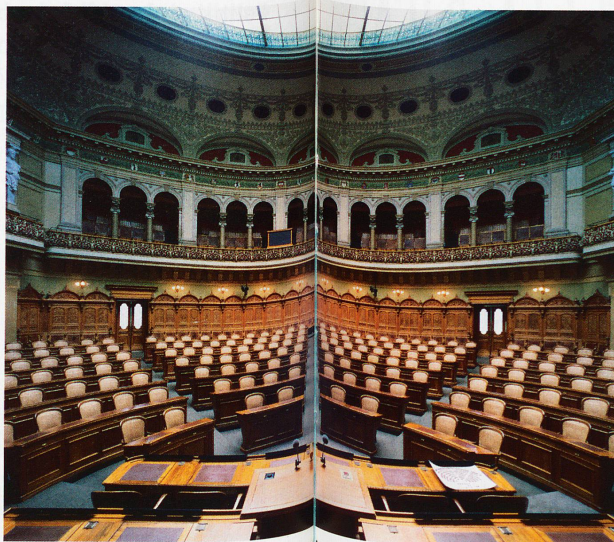
Blockade-Macht der Pole bleibt

Angesichts der anhaltenden internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise muss sich das neue Parlament zudem kurzfristig mit der Frankenstärke und den damit verbundenen Problemen vieler Exportfirmen befassen. Die Wahlergebnisse lassen vermuten, dass die Wählenden in dieser schwierigen Situation weniger auf Kräfte mit absoluten Forderungen setzen, als konkrete und umsetzbare Lösungen verlangen. Der Trend zur parteipolitischen Polarisierung, der seit den 1990er-Jahren angehalten hatte, wurde jedenfalls gestoppt. Unter dem Strich haben am 23. Oktober sowohl das links-grüne Lager als auch die SVP verloren. Aber die beiden Blöcke verfügen immer noch über je rund 60 Sitze im Nationalrat und können Projekte gemeinsam – wenn auch aus unterschiedlichen Motiven – blockieren. Geschehen ist das in der abgelaufenen Legislatur

etwa bei der geplanten Reform der Altersvorsorge.

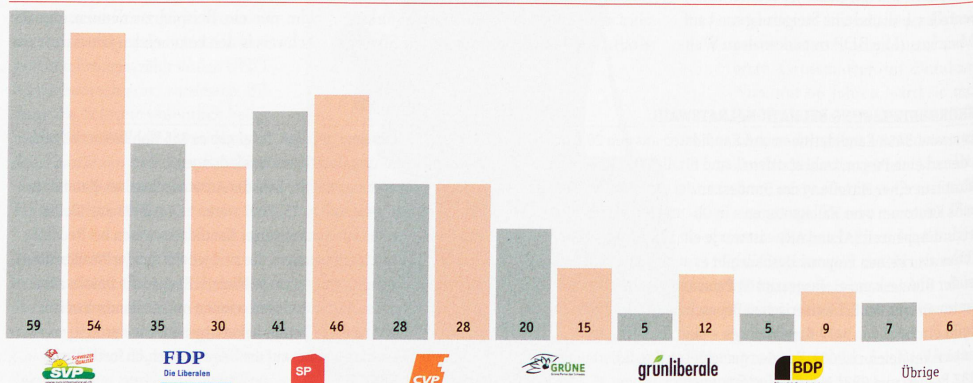
Der Reiz des Neuen, Unverbrauchten

Bleibt die Frage, weshalb die traditionellen Volksparteien FDP und CVP weiter erodieren, während die «neue Mitte» derart zulegen kann. Gewisse Verschiebungen lassen sich erklären, etwa von der FDP zu den Grünliberalen aus ökologischen Gründen. Aber insgesamt sind die Differenzen doch gering. In manchen Kantonen ist die BDP



Blick in den Nationalratssaal: Die neue Sitzverteilung mit zahlreichen Parteien in der Mitte wird das Regieren nicht einfach machen

SITZVERTEILUNG IM NATIONALRAT VOR UND NACH DEN WAHLEN VOM 23. OKTOBER 2011



Ständerat: Angriff der SVP ist gescheitert

Im ersten Wahlgang konnten erst 27 von 46 Ständeratssitzen besetzt werden. Trotzdem ist schon klar: Die Schweizerische Volkspartei wird ihre Sitzzahl kaum erhöhen können. Von René Lenzin

Die Schweizerische Volkspartei (SVP) schickte ihre besten Leute ins Rennen um die Ständeratssitze: Den früheren Bundesrat Christoph Blocher in Zürich, den Fraktionschef Caspar Baader in Baselland, den Parteipräsidenten Toni Brunner in St. Gallen und den ehemaligen Bundesratskandidaten Jean-François Rime in Freiburg. Geschafft hat es keiner der vier. Baader und Rime sind definitiv gescheitert, Blocher und Brunner müssen in den zweiten Wahlgang. Weil die SVP ihren Sitz in Graubünden verloren hat und auch jenen im Aargau zu verlieren droht, könnte sie am Schluss gar weniger Mandate in der kleinen Kammer haben als in der abgelaufenen Legislatur.

Die SVP selber mochte nicht von einem Misserfolg sprechen. Mehr Präsenz im Ständerat sei ein Langfristprojekt, sagten die Verantwortlichen. Tatsache aber bleibt, dass sich die Partei in Majorz- und Persönlichkeitswahlen schwer tut, ihre Kandidaten durchzubringen.

Zweite Wahlgänge in 13 Kantonen

Das definitive Ergebnis der Ständeratswahlen und damit die genauen Kräfteverhältnisse im Parlament werden erst am 4. Dezember feststehen, wenn in Solothurn der zweite Wahlgang stattgefunden hat. Zwischen dem 6. November und dem 4. Dezember kommt es in insgesamt 13 Kantonen zu zweiten Wahlgängen, in denen die Wahlberechtigten noch 19 von 46 Sitzen zu besetzen haben. Diese Zusatzrunden sind notwen-

dig, weil die Wahl in den Ständerat – ausser in den Kantonen Jura und Neuenburg – eine Mehrheits- und keine Proporzwahl ist. Nur wer im ersten Wahlgang mehr als die Hälfte aller eingegangenen Stimmen erzielt, ist gewählt. Erst im zweiten Wahlgang fällt die Hürde des absoluten Mehrs.

Bereits vor den zweiten Wahlgängen gehören die Sozialdemokraten (SP) zu den Siegern der Ständeratswahl. Sie haben bereits acht Mandate geholt, so viele wie keine andere Partei. Mit der früheren Nationalratspräsidentin Pascale Bruderer gelang es der SP, im Aargau die bürgerliche Dominanz zu durchbrechen und erstmals seit 60 Jahren wieder einen Ständeratssitz zu erkämpfen. Da die SP gute Aussichten hat, ihren Waadt-länder Sitz zu verteidigen, dürfte sie neun Plätze in der kleinen Kammer einnehmen.

Auf 12 bis 15 Sitze werden die Christlichdemokraten (CVP) kommen, auf 10 bis 13 die Freisinnig-Liberalen (FDP). Die beiden Parteien dürften zusammen immer noch die Mehrheit stellen. Insbesondere in finanz-, wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen vertreten CVP und FDP häufig dieselben Positionen. Bis zu fünf Sitze könnten an Grüne und Grünliberale gehen. Vor allem in familien- und energiepolitischen Fragen zeichnet sich daher im Ständerat weiterhin eine Mitte-links-Mehrheit ab. Entscheidend kann die definitive Zusammensetzung der kleinen Kammer auch für die Gesamterneuerungswahlen des Bundesrats vom 14. Dezember werden (siehe Seite 16).

SITZVERTEILUNG IM STÄNDERAT VOR DEN AKTUELLEN WAHLEN

